

Bremerhaven, 01.08.2017

<b>Mitteilung Nr. MIT- /2017</b>		
zur Anfrage nach § 38 GOSTVV der Gruppe vom <b>Thema:</b>	<b>AF- 42/2017</b> <b>Bürger in Wut</b> <b>17.05.2017</b> <b>Mandatsmissbrauch eines SPD-Bürger- schaftsabgeordneten zur Förderung des Sozialbetrugs?</b>	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>Ja</b>	Anzahl Anlagen:

**I. Die Anfrage lautet:****Mandatsmissbrauch eines SPD-Bürgerschaftsabgeordneten zur Förderung des Sozialbetrugs? (BIW)**

Wie die Nordsee-Zeitung in ihrer Ausgabe vom 05. Mai 2017 berichtet, soll der mittlerweile fraktionslose Bürgerschaftsabgeordnete Patrick Öztürk (SPD) im Sommer 2013 beim damaligen Rektor des Lloyd Gymnasiums vorstellig geworden sein und ihn aufgefordert haben, vom Verein „Agentur für Beschäftigung und Integration“ (ABI) vorbereitete Anträge für Nachhilfestunden finanziert aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) zu unterschreiben. Öztürk stellte sich bei dieser Gelegenheit als Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft vor und überreichte seinem Gesprächspartner eine Visitenkarte mit dem Logo der SPD. Laut Vereinsregister war Patrick Öztürk zu diesem Zeitpunkt Mitglied im Vorstand der ABI, die bis heute von seinem Vater Selim Öztürk geleitet wird. Es steht deshalb der Verdacht im Raum, dass Öztürk sowohl sein Abgeordnetenmandat als auch seine Mitgliedschaft in der Regierungspartei SPD für wirtschaftliche Interessen missbraucht hat, die einen Bezug zum massenhaften Sozialbetrug im Zusammenhang mit Zuwanderern insbesondere aus Osteuropa aufweisen. Nach dem jetzigen Stand der Ermittlungen sollen insgesamt 650.000 Euro an den Verein „Agentur für Beschäftigung und Integration“ (ABI) zur Bezahlung von Nachhilfeleistungen geflossen sein, die größtenteils nicht erbracht wurden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Magistrat:

1. Hat der Magistrat den oben genannten Pressebericht zum Anlass genommen, bei allen in Betracht kommenden Bremerhavener Schulen anzufragen, ob Patrick Öztürk oder Vertreter des Vereins ABI auch dort Anträge für Nachhilfestunden finanziert aus dem BuT zur Unterschrift vorgelegt haben? Wenn nicht, warum sind solche Anfragen bislang unterblieben und plant der Magistrat, mit den Schulen in dieser Angelegenheit kurzfristig Kontakt aufzunehmen?

Sofern Bremerhavener Schulen in Sachen Nachhilfeangebot des ABI durch den Magistrat

befragt worden sind:

2. Ist dem Magistrat bekannt, ob Patrick Öztürk oder andere Vertreter des ABI an weitere Schulen in Bremerhaven mit dem Ziel herangetreten sind, Aufträge für Nachhilfestunden auf Grundlage des BuT abzuschließen? Wenn ja:
  - a) Welche Schulen waren das, wann fanden die Besuche statt und welche Personen wurden als Vertreter der ABI vorgestellt (bitte getrennt nach Schulen ausweisen)?
  - b) Stellte sich Herr Öztürk auch bei diesen Gelegenheiten als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft vor?
  - c) Wann hat der Magistrat erstmals davon erfahren, dass Öztürk Bremerhavener Schulen aktiv Nachhilfestunden namens des Vereins ABI anbot?
3. Wurden die Besuche der ABI-Vertreter von den Rektoraten an das Schulamt gemeldet und wenn ja, in wie vielen der unter Ziffer 2 genannten Fälle? Wie hat das Schulamt auf diese Meldungen reagiert?
4. Wie viele Schulen sind der Aufforderung des Vereins, Anträge auf Erteilung von Nachhilfestunden finanziert aus dem BuT zu stellen, nachgekommen? Welche Verantwortlichen der jeweiligen Schulen haben diese Anträge unterschrieben (bitte getrennt nach Schulen und den unterzeichnenden Personen ausweisen)?
5. Hat der Magistrat seine Erkenntnisse im Fall Öztürk vollumfänglich an die Staatsanwaltschaft und/oder dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss weitergegeben?

## **II. Der Magistrat hat am ..... beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:**

1. *Hat der Magistrat den oben genannten Pressebericht zum Anlass genommen, bei allen in Betracht kommenden Bremerhavener Schulen anzufragen, ob Patrick Öztürk oder Vertreter des Vereins ABI auch dort Anträge für Nachhilfestunden finanziert aus dem BuT zur Unterschrift vorgelegt haben? Wenn nicht, warum sind solche Anfragen bislang unterblieben und plant der Magistrat, mit den Schulen in dieser Angelegenheit kurzfristig Kontakt aufzunehmen?*

Seitens des Schulamtes wurden keine Anfragen an die Schulen gestellt. Die Schulen wurden mit Rundschreiben Nr. A 57/2013 und A 53/2016 darauf hingewiesen, dass durch (ehemalige) Mitarbeiter/innen des ABI versucht wird, Anträge für Lernförderung in den Schulen bestätigen zu lassen. Es wurde darum gebeten, jede Annäherung seitens der bekannten Mitarbeiter/innen des Vereins und ggf. auch neuen Personen, die Lernförderung anbieten, an die Schulaufsicht zu melden. Ergänzend sind die Schulen per E-Mail durch die Schulaufsicht um besondere Aufmerksamkeit gebeten worden. Die Antragsformulare wurden in Abstimmung mit dem Jobcenter und dem Sozialamt so verändert, dass neben der Unterschrift durch die Fachlehrkraft auch die Schulleitung den Förderbedarf bestätigen muss. Die Schulen wurden nochmals aufgefordert, die

Schulaufsicht umgehend zu informieren, sofern Lehrkräfte von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Lernhilfeanbietern kontaktiert oder um Unterschriften unter Förderanträge gebeten werden.

Eine nochmalige Abfrage in den Schulen im Hinblick auf die Person Patrick Öztürk ist weder erfolgt noch geplant.

Sofern Bremerhavener Schulen in Sachen Nachhilfeangebot des ABI durch den Magistrat befragt worden sind:

2. *Ist dem Magistrat bekannt, ob Patrick Öztürk oder andere Vertreter des ABI an weitere Schulen in Bremerhaven mit dem Ziel herangetreten sind, Aufträge für Nachhilfestunden auf Grundlage des BuT abzuschließen? Wenn ja:*

a) *Welche Schulen waren das, wann fanden die Besuche statt und welche Personen wurden als Vertreter der ABI vorstellig (bitte getrennt nach Schulen ausweisen)?*

Als die Schulaufsicht von einigen Schulen die Auskunft erhielt, dass private Nachhilfeinstitute in den Schulen für ihre Einrichtungen werben, wurde vom Dezernenten mit dem oben erwähnten Rundschreiben reagiert. Die Rückmeldungen der Schulen wurden nicht im Einzelnen erfasst.

b) *Stellte sich Herr Öztürk auch bei diesen Gelegenheiten als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft vor?*

Die Schulaufsicht hat hierüber keine Hinweise erhalten.

c) *Wann hat der Magistrat erstmals davon erfahren, dass Öztürk Bremerhavener Schulen aktiv Nachhilfestunden namens des Vereins ABI anbot?*

Ein aktives Anbieten von Nachhilfestunden durch Herrn Öztürk im Namen des Vereins ABI ist dem Magistrat nicht angezeigt worden.

3. *Wurden die Besuche der ABI-Vertreter von den Rektoraten an das Schulamt gemeldet und wenn ja, in wie vielen der unter Ziffer 2 genannten Fälle? Wie hat das Schulamt auf diese Meldungen reagiert?*

Besuche der ABI-Vertretungen wurden mündlich an das Schulamt übermittelt und führten zur Veröffentlichung des Rundschreibens Nr. A 57/2013. Eine Dokumentation der vereinzelten Hinweise ist nicht erfolgt.

4. *Wie viele Schulen sind der Aufforderung des Vereins, Anträge auf Erteilung von Nachhilfestunden finanziert aus dem BuT zu stellen, nachgekommen? Welche Verantwortlichen der jeweiligen Schulen haben diese Anträge unterschrieben (bitte getrennt nach Schulen und den unterzeichnenden Personen ausweisen)?*

Die Erfassung der entsprechenden Daten erfolgt weder durch die Schulen noch durch das Schulamt. Die Unterschriftenregelung erfolgt nach Maßgabe des unter 1. Dargestellten Verfahrens.

5. *Hat der Magistrat seine Erkenntnisse im Fall Öztürk vollumfänglich an die Staatsanwaltschaft und/oder dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss weitergegeben?*

Der Magistrat hat sämtliche Akten, Dokumente und Dateien zum Themenkomplex des Untersuchungsausschusses dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt.

Dort wo die Strafverfolgungsbehörden (Polizei / Staatsanwaltschaft) im Rahmen der Ermittlungen Dokumenten-/Aktenanforderungen an den Magistrat gestellt haben, wurden diese vollumfänglich weitergeleitet.

Grantz  
Oberbürgermeister